

Heiner Pott

Begrüßung anlässlich der Fachtagung „Freiwilligensurvey und Engagementpolitik der Länder – Empirische Befunde, politische Konsequenzen, Forschungsbedarfe“ durch Heiner Pott, Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Stadelmaier,
sehr geehrte Frau Staatsministerin Conrad,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Sie ganz herzlich zur heutigen Fachtagung „Freiwilligensurvey und Engagementpolitik der Länder“ begrüßen. Gleichzeitig darf ich Ihnen die Grüße des Ministerpräsidenten und meiner Ministerin Frau Özkan überbringen, die leider beide aus terminlichen Gründen gehindert sind, an der heutigen Veranstaltung teilzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

1999 hat das Bundesfamilienministerium den ersten Freiwilligensurvey finanziert. Seitdem haben wir uns auf Bund-, Länder-, kommunaler und Trägerebene systematisch mit den Entwicklungen, den Rahmenbedingungen und Förderbedarfen des Ehrenamtes befasst. Nicht zuletzt haben diese Diskussionen dazu geführt, dass das Ehrenamt in den vergangenen Jahren erheblich verstärkt und ausgebaut worden ist. In den meisten Bundesländern sind auf der Basis der Hauptstudie in den Jahren 1999, 2004 und 2009 spezifische Landesauswertungen durchgeführt worden. Diese Auswertungen waren die Basis wichtiger Handlungsempfehlungen zum weiteren Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements in den Ländern. Dank der Unterstützung des Bundes, des Landes, der Kommunen und der Trägerorganisation hat sich z.B. in Niedersachsen das bürgerschaftliche Engagement besonders positiv entwickelt. In keinem Bundesland ist die Engagementquote stärker gestiegen und dies über den gesamten Zeitraum seit 1999 hinweg. Mit 2,8 Millionen Menschen sind in Niedersachsen 41 Prozent der Bevölkerung über 14 Jahre bürgerschaftlich aktiv. Das sind 10 Prozentpunkte mehr als bei der ersten Erhebung im Jahre 1999, ein Spitzenwert mit Blick auf das gesamte Bundesgebiet. Um nicht missverstanden zu werden –

dieses Ergebnis haben in erster Linie die engagierten Bürgerinnen und Bürger erzielt. Deshalb gilt ihnen der Dank für diesen beeindruckenden Einsatz für das Gemeinwohl.

Wenn man die Entwicklung des Engagements in den einzelnen Ländern Revue passieren lässt, dann zeigten sich aber auch Unterschiede. Es gab landesspezifische Profile, die dann als Vergleichsmaßstab betrachtet wurden. In Niedersachsen ist beispielsweise das Mehrgenerationenhaus entwickelt worden, welches anschließend bundesweite Verbreitung fand. Hessen und Niedersachsen waren zudem die ersten Länder, in denen ein subsidiärer Versicherungsschutz für Ehrenamtliche eingeführt wurde. Inzwischen gibt es in allen Bundesländern einen vergleichbaren Versicherungsschutz. Diese beiden Beispiele zeigen den produktiven Austausch zwischen den Ländern. Dieser Austausch hat maßgeblich zur positiven Entwicklung des freiwilligen Engagements in den letzten Jahren beigetragen. Nach über zehn Jahren befinden wir uns heute nicht mehr in der Aufbauphase.

Über 23 Millionen Menschen engagieren sich mittlerweile freiwillig im Bundesgebiet. Zukünftig wird es darum gehen, das Niveau des bürgerschaftlichen Engagements zu halten und – soweit dies möglich ist – weiter zu steigern.

Der Freiwilligensurvey hat in der Vergangenheit wichtige Informationen geliefert, getreu dem Satz des dänischen Philosophen Sören Kierkegaard: „Das Leben wird vorwärts gelebt und rückwärts verstanden.“

Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang, dass bei der nächsten repräsentativen Befragung im Jahre 2014, die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der bisherigen drei Befragungen sichergestellt wird. Es sollten natürlich auch Fragestellungen in den Katalog aufgenommen werden, die sich mit den neuen Aufgabenstellungen und Herausforderungen befassen. Ohne der heutigen Diskussion zu weit vorgreifen zu wollen, möchte ich hierzu kurze Anmerkungen machen.

1. Vorrangig wird es meines Erachtens zukünftig darum gehen, die erfolgreichen Infrastruktureinrichtungen, wie z. B. die Freiwilligenagenturen und eine wohnortnahe Qualifizierung zu erhalten. Dies ist allerdings nicht nur eine Aufgabe der staatlichen Ebenen. Hierzu müssen alle Akteure, also auch die Organisation der Zivilgesellschaft sowie die Wirtschaft, ihren Beitrag leisten.
2. Es geht bei der Engagementpolitik immer stärker darum, den Bürgerinnen und Bürgern, die mitarbeiten wollen, mehr Teilhabemöglichkeiten einzuräumen. Ich nenne nur die Stichworte: Selbstorganisation, Kooperation und Partizipation.

Fragestellungen, die gleichermaßen die staatliche Ebene und die Organisation der Zivilgesellschaft berühren, stehen auf der Tagesordnung:

- Wie steht es mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Trägerorganisationen?
 - Wie steht es mit der Unterstützung der Ehrenamtlichen durch Hauptamtliche?
 - Werden die Qualifizierungsbedarfe der Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen ausreichend aufgegriffen?
 - Sind die Werbemaßnahmen für das Ehrenamt zeitgemäß und adressatengerecht?
3. Wie kann es in Zukunft besser gelingen, unterdurchschnittlich vertretene Bevölkerungsgruppen, wie die Migrantinnen und Migranten, stärker für ein bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen?
 4. Ein Dauerthema bleibt natürlich die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements. Hier müssen wir die bestehende „Kultur der Anerkennung“ überprüfen und klären, ob und wie wir sie den geänderten Erfordernissen anpassen müssen.
 5. Wie können wir den Schulalltag von Jugendlichen und ihr ehrenamtliches Engagement außerhalb der Schule besser miteinander verbinden?
 6. Der ländliche Raum steht – vor dem Hintergrund der demografischen Veränderung – gewaltigen Herausforderungen im Gesundheits- und Sozialbereich gegenüber. Allein mit professionellen Mitteln wird es nicht gelingen, z. B. die gesundheitliche Versorgung oder die gesellschaftliche Teilhabe (Stichwort: Vereinsamung) sicherzustellen. Nicht nur, aber besonders in der Fläche, sind neue Lösungsansätze gefordert, die in hohem Maße auch ehrenamtliches Engagement benötigen. Wie können die neuen Lösungsansätze aussehen? Welche Rahmenbedingungen benötigen sie?

Meine Damen und Herren,

Sie sind heute als fachkundige Akteure aus der Wissenschaft, den Verbänden und den staatlichen Stellen zusammengekommen, um sich über diese und andere Fragen auszutauschen. Ich bin mir sicher, dass die breit angelegte Fachdiskussion unsere

gemeinsamen Ziele befördern und zu noch besseren Ergebnissen beim Freiwilligensurvey 2014 führen wird.

Mit einem Dank an das Bundesfamilienministerium möchte ich schließen, verbunden mit dem Wunsch auf eine weiterhin breite und starke Unterstützung unserer gemeinsamen Ziele.